



> [Landrat / Parlament](#) || [Geschäfte des Landrats](#)

Titel: Postulat von Marianne Hollinger, FDP-Fraktion: Heime und Sonderschulen - Kostenexplosion stoppen

Autor/in: [Marianne Hollinger](#)

Mitunterzeichnet von: Imber, Oestreicher, Schäfli, Schafroth und Vogt

Eingereicht am: 8. Dezember 2010

Bemerkungen: --

[Verlauf dieses Geschäfts](#)

Die Kosten für Sonderschulen und Heimunterbringungen für Jugendliche steigen explosionsartig an. Die Betrachtung der Kostensteigerung von Fr. 6 Mio. oder 4% von 2010 auf 2011 lässt grosse Sorge aufkommen. Seit Einführung der NFA 1.1.2008 damals gingen diese Aufgaben vollumfänglich in die Verantwortung der Kantone über - steigen die Kosten Jahr für Jahr im Umfang von rund 5% an.

Ohne an der Qualität der Heime und der Schulung für schwierigere oder benachteiligte Schülerinnen Abstriche zu machen, soll eine markante Sparwirkung erzielt werden.

Wir stellen fest, dass mehr und mehr SchülerInnen in Sonderklassen eingeteilt werden, überproportional und entgegenlaufend der Entwicklung der Schülerzahl. Die Steuerung des Zugangs zu Sonderschulen muss hinterfragt werden.

Damit Kinder nicht vorschnell als Sonderschüler ausgeschieden werden, sollen Massnahmen entwickelt werden, welche der "Verengung des Normalitätsbegriffes" entgegenwirken.

Es gibt therapeutische Wohngemeinschaften, welche für viele Jugendliche ausgezeichnete Alternativen zum Heim wären, im Kanton Basellandschaft aber kaum angeboten werden. Die Kosten sind um ein vielfaches geringer.

Sonderschulen

Es sind konkrete Budgeteinsparungen ab Budget 2012 aufzuzeigen. Dabei sollen die nachstehenden Thesen analysiert werden:

- Je grösser das Angebot an Abklärungsstellen (Steuerung des Zugangs) desto grösser die Anzahl Sonderschüler.
- Grössere Toleranz von Gesellschaft und Schulen ermöglicht die Integration vieler Sonderschüler in die Regelklasse, verursacht geringere Kosten, und wirkt der Verengung des Normalitätsbegriffes entgegen.

Heime für Jugendliche

Es sind konkrete Budgeteinsparungen ab Budget 2012 aufzuzeigen.

- Die Regierung soll aufzeigen, welche alternativen Unterbringungen möglich sind und wie damit die Kostenseite günstig beeinflusst wird.
- Dabei sind Therapeutische Wohngemeinschaften speziell vorzustellen und den Kosten von Heimen gegenüberzustellen. Erfahrungen aus anderen Kantonen (speziell Aargau) sind aufzuzeigen.